

Warum sind wir Deutschen reformunwillig?

Warum sind wir Deutschen reformunwillig?

Wirtschaftliche Vereinigung Oldenburg
DER KLEINE KREIS e.V.
Bahnhofstr. 14
26122 Oldenburg
Telefon (0441) 2 10 27.11
Telefax (0441) 2 10 27.99

**Eine Bürger- und
Bürgervertreterinformation**

Oldenburg (Oldb), September 2002

Inhaltsverzeichnis

I. Analyse	8
Wirtschaftswachstum zu schwach	8
Staatsquote zu hoch	10
Arbeitsmarkt überreguliert	13
Wohlfahrtsstaat nicht mehr finanzierbar	15
Renten nicht sicher	16
Wissensbildung vernachlässigt	17
Bürokratie bremst	18
Öffentlich Bedienstete dominieren	19
Konsens löst kein Problem, Konsens verschiebt es!	19
II. Konzepte	21
Weniger Staat	21
Grundlegende Reform des Arbeitsmarktes	21
Leistungsgerechtigkeit statt Verteilungsgerechtigkeit	22
Rechte begründen automatisch Pflichten	23
Gesetzliche Rentenversicherung als Mindestabsicherung garantiert	23
Gesetzliche Krankenversicherung als Grundversorgung	24
Arbeitslosenversicherung als Verdienstausfallversicherung	24
Neuordnung der verfassungsrechtlichen Organisation	25

III. Gründe 26

Kinder sind unsere Zukunft	26
Deutsche Geschichte beginnt nicht erst mit dem Fall der Mauer	27
Selbstbewusstsein tut Not	27
Sind wir eine Nation?	28
Führung oder Machtmissbrauch?	29
Mehrheiten sichern den Status quo	29
Einfluss und Macht sind käuflich	30
Sicherheitsstreben schlägt unternehmerischen Geist	31
Konsens ist der kleinste gemeinsame Nenner	31
Interessengruppen gegen Gemeinwohl	32
Soziale Gerechtigkeit – ein Wahn?	32
Rolle der Medien	33
Wo bleibt die Opposition?	33
Haben wir noch die Wahl?	34

IV. Lösungsansätze 35

1. Forderung: Geschichte wieder bewusst machen	37
2. Forderung: Nationalgefühl stärken	37
3. Forderung: Wirtschaft verständlich machen	37
4. Forderung: Politische Architektur verändern	38
5. Forderung: Rückkehr zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft	39

Anmerkungen 40

Weiterführende Links 40

*„Über allen Gipfeln ist Ruh,
in allen Wipfeln spürest Du
kaum einen Hauch ...“*

Soweit vorausschauend hat vor etwa 200 Jahren der Romantiker Josef Freiherr von Eichendorff unsere seit einiger Zeit herrschende „Politik der ruhigen Hand“ vorhergesagt.

Alle Industriestaaten – so auch Deutschland – befinden sich in einem Übergangsstadium: Die alten Branchen sind mit zumindest regionalen Sättigungstendenzen konfrontiert, ihre Kostenstrukturen sind für eine erweiterte Nachfrage nicht geeignet. Die neuen Fortschritt tragenden Wirtschaftsbereiche sind erst im Entstehen. Einige Länder sind bereits vorangeschritten, andere sind dabei, sich zu etablieren. Deutschland scheint unter den großen Industrienationen am weitesten zurück. Nicht zufällig spricht man – auch international – von „Reformstau“.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg die D-Mark eingeführt werden sollte, schlug der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Prof. Ludwig Erhard, dem amerikanischen Hochkommissar Lucius Clay vor, die staatliche Preisfestsetzung aufzuheben. Clay wandte ein: „Mr. Erhard, my advisers tell me that you are going to make a terrible mistake.“ Erhard antwortete: „General, you better don't care, my advisers tell me the same.“

Sind wir – im Gegensatz zu damals – inzwischen reformunfähig oder besser: reformunwillig geworden?

Es fehlt sicher nicht an fundierter Analyse unserer Schwächen, es mangelt auch nicht an Konzepten, mit diesen Problemen umzugehen. Aber der Politik mangelt es offensichtlich an Mut, tragfähige Reformen anzupacken und durchzusetzen, obwohl nach repräsentativen Umfragen der deutsche Bürger bereit ist zu Reformen.

Vielmehr: Unsere Politiker treten getreu der Persiflage des Münchener Originals Karl Valentin auf: „Er red't und red't und red't, aber was er red't, das sagt er nicht.“

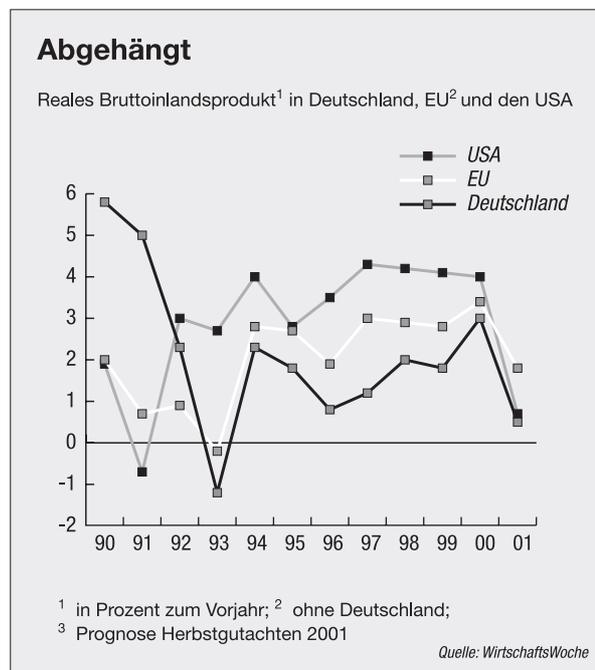
Dabei ist der Befund kaum dazu angetan, sich beruhigt zurückzulehnen, den Worten keine Taten folgen zu lassen.

I. Analyse

Wie fällt die Analyse unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage und ihrer bisherigen Entwicklung aus?

1. Wirtschaftswachstum zu schwach

In der Wirtschaftsdynamik schneidet die Bundesrepublik Deutschland schlechter ab als die Vereinigten Staaten und liegt bekanntermaßen im Rahmen der EU-Staaten auf dem letzten Platz.

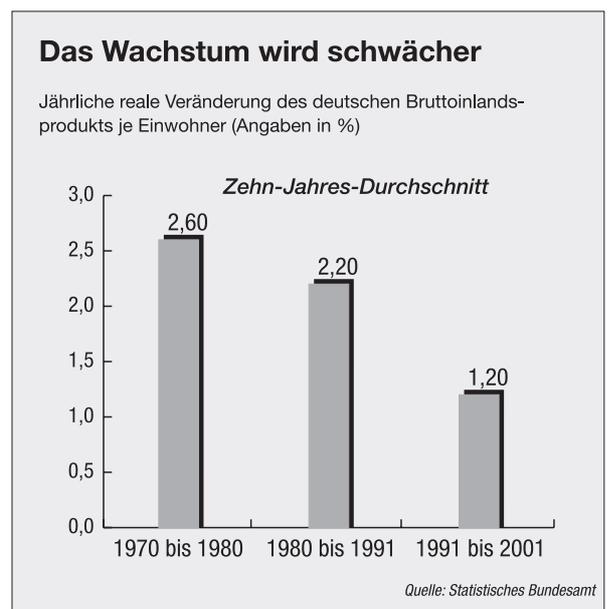


Tatsächlich hat sich der langfristige Wachstumstrend in Deutschland in den letzten 50 Jahren kontinuierlich verringert. In den 50er Jahren konnte das Bruttoinlandsprodukt noch im Jahresdurchschnitt um 7,5% gesteigert werden; in den 70er Jahren waren es dann nur noch 2,8%. In den letzten 10 Jahren bis 2001 verringerte sich das

Wachstum dann weiter auf eine Durchschnittsrate von knapp 1,5%.

Zwar ist es richtig, dass der Wiederaufbau nach dem Kriege naturgemäß höhere Wachstumsraten nach sich ziehen musste. Warum dies beim Aufbau Ost aber nicht mehr funktionieren sollte, leuchtet nicht zweifelsfrei ein. Auch der Hinweis der Politik, dass die Wachstumsraten schon deshalb geringer ausfallen müssten, weil das Niveau des Bruttoinlandsproduktes immer höher werde, wird von Experten der OECD als nicht stichhaltig charakterisiert. Gegenbeweis liefere die US-amerikanische Wirtschaft.

Für Deutschland ergebe sich in der jährlichen Pro-Kopf-Wachstumsrate, mit der Einflüsse der Bevölkerungsentwicklung eliminiert werden, eine eindeutig nach unten gerichtete Entwicklung.



Dabei lag die Wirtschaftsleistung pro Kopf in Deutschland 1991 um nur 6% unter der der amerikanischen, heute beträgt der Abstand 39% und kann schon als Wohlstandslücke bezeichnet werden.

2. Staatsquote zu hoch

Ein wesentlicher Grund für unsere Wachstumsschwäche liegt in dem hohen Staatsanteil an unserer Volkswirtschaft von immer noch um 50%. 1950 betrug das Verhältnis der Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt nur 29%. Bei dieser Marke liegt – nur zum Vergleich – die Staatsquote der USA noch heute.

Angesichts der selbst gestellten Aufgabe unserer Finanzpolitiker, sparsam zu sein, verwundert, dass nach der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes die Staatsausgaben kontinuierlich mit durchschnittlich fast 2% wachsen, während wir derzeit ein Wirtschaftswachstum von nicht mal 1% erwirtschaften können. Die logische Konsequenz: Die Staatsquote wird weiter steigen.

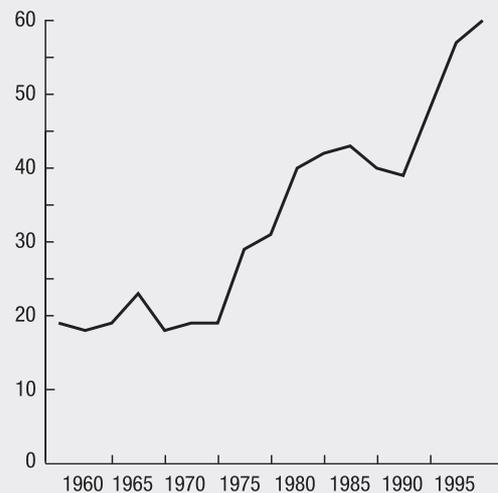
Das Argument der leeren öffentlichen Kassen, das entweder wohlfeil zu Märkte getragen oder hinter dem ebenso wohlfeilen Stichwort der „Gegenfinanzierung“ versteckt wird, entpuppt sich als Schimäre: Während sich seit Anfang der 70er Jahre die Steuereinnahmen vervierfacht haben, durfte sich der durchschnittliche Arbeitnehmer an einer Verdoppelung seiner Nettobezüge erfreuen. Wenn wirklich leere Kassen zu beklagen sind, dann darum, weil die Staatsausgaben um das 5 ½fache auf über 1,2 Mrd. D-Mark angeschwollen sind.

Die Tatsache, dass die Politik – mit welchem Motiv, mit welcher Hoffnungsidee auch immer – sich hierbei nicht auf die Verausgabung der Steuereinnahmen beschränkt hat und nicht nur für Investitionen, sondern in steigendem Maße auch für laufende, konsumtive Aufgaben auf längerfristige Schulden gesetzt hat, zeigt, dass sie in vorseilender Raffgier zukünftige Steuereinnahmen anektiert hat. Das wiederum hatte zur Folge, dass sich – bezogen auf die gesamte jährliche Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik Deutschland – die Staatsschulden inzwischen auf rund 60% des Bruttoinlandsprodukts belaufen. 1991 lag diese Relation, die so genannte Schuldenquote, noch bei 40%.

Die weitere Folge ist, dass sich in Deutschland seit 1990 die jährlichen Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushaltes von 32,9 Mrd. Euro auf jetzt 67,5 Mrd. Euro mehr als verdoppelt haben. Die Zinsbelastung in Relation zu den Steuereinnahmen, die Mitte der 70er Jah-

Steigende Schuldenquote

Staatsschulden in % des Bruttoinlandsprodukts¹



¹ Ab 1991: Gesamtdeutschland; ab 1993: nach Maastricht-Definition.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Wachsende Zinslast der Staatsverschuldung

Zinsausgaben in % der Steuereinnahmen und der Staatsausgaben¹

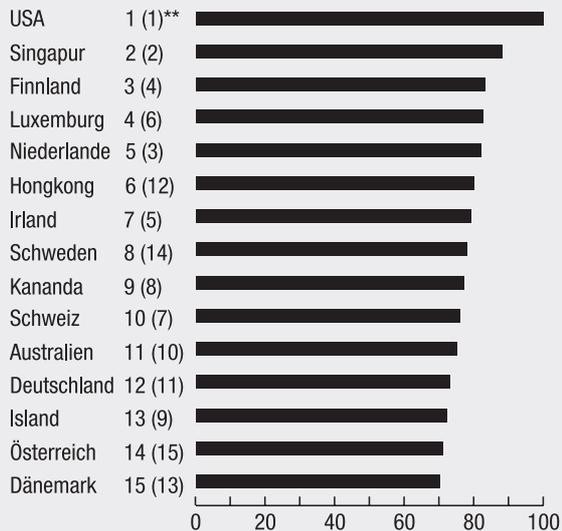


¹ Ab 1991: Gesamtdeutschland

Quelle: Statistisches Bundesamt

Deutschland abgerutscht

Die wettbewerbsfähigsten Länder 2001*



*untersucht wurden 49 Länder; **in Klammern Rang 2000

Quelle: WirtschaftsWoche

re bei 5% lag, beläuft sich inzwischen für die öffentliche Hand auf mehr als 15%.

Zum Dritten ergibt sich daraus eine volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote von 56,6% im Jahre 2002, wie das Karl-Breuer-Institut errechnet hat. 1960 lag diese Zahl bei nur 41,5%.

Als Fazit bleibt zu diesem Punkt festzuhalten:

Eine Staatsquote von über 50% ist wachstums- und beschäftigungsfeindlich; höhere Ausgaben führen zu überproportional zunehmenden Effizienzverlusten.

So nimmt es auch nicht Wunder, wenn im Jahrbuch der Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften – erstellt vom Institute for Managementdevelopment (IMD), Lausanne – Deutschland insgesamt unter Bewertung von 286 Kriterien in 49 Ländern nur auf Platz 12 landet.

Die wesentlichen Schwachpunkte in diesem Urteil fallen bei den Bewertungen an, die mit staatlicher Wirtschaftspolitik zu tun haben.

Wachstumsbremsen

Die zehn größten Schwächen der deutschen Wirtschaft

von Deutschland belegter Rang unter 49 Ländern

Steuerbelastung der Unternehmen (Stand 1999)	49
Hohe Unterstützung für Arbeitslose	47
Beiträge zur Sozialversicherung	46
Verfügbarkeit von IT-Spezialisten	46
Geleistete Arbeitsstunden	46
Investitionen in Telekommunikation	46
Arbeitskräfteflexibilität	42
Arbeitsmarktgesetzgebung	40
Effektiver Einkommensteuersatz	40
Umweltschutzgesetze	39

Quelle: The World Competitiveness Yearbook 2001

3. Arbeitsmarkt überreguliert

Im Mai 2002 schrieb die Bundesbank:

„Bei den Wachstumsunterschieden zwischen den USA und dem Euro-Raum handelt es sich wohl größtenteils nicht um ein konjunkturelles Phänomen. Es zeigt sich vielmehr, dass die vergleichsweise inflexiblen Arbeitsmärkte der dominierende Effekt hinter der Wachstumslücke sind.“¹

Große Defizite attestieren die Ökonomen des IMD den deutschen Arbeitsmarktregeln; Deutschland landet auf Platz 47 von 49 Vergleichsländern. Negative Beschäftigungsanreize für die Unternehmen sehen sie vor allem im Arbeitsrecht, etwa im Kündigungsschutz und in tariflichen Mindestlöhnen. Eine weitere Wachstumsbremse ist die mit 1.688 Stunden p. a. geringe Zahl der geleisteten Arbeitsstunden – hier landen die Deutschen auf Platz 46.

Bestätigt wird dies in einer Untersuchung der Arbeitsgruppe Benchmarking des Bündnisses für Arbeit, die Deutschland einen rigiden Kündigungsschutz und eine hohe Regulierungsintensität bei der Zeitarbeit attestiert.

Das institutionelle Regelwerk des Arbeitsmarktes steuert also falsch. Die kollektive Tarifpolitik hat die Verfestigung der Arbeitslosigkeit in den 90er Jahren verschärft. Hier sind Tarifparteien wie Politik, die sich durch ihr Verhalten gegenseitig im Machterhalt unterstützt haben, in der Verantwortung. So stützt die Politik das Tarifkartell durch Subventionen und durch Eingriffe, die einen Teil des Überangebotes aus dem Markt nehmen

Kündigungsschutz – in Deutschland sehr rigide

Gesamtindikator für die Regulierungsintensität nach OECD-Standards

	Ende 90er Jahre	Veränderung seit Ende der 80er Jahre
USA	0,2	0
Großbritannien	0,8	0
Kanada	0,9	0
Schweiz	1,2	0
Belgien	1,5	0
Dänemark	1,6	0
Irland	1,6	0
Finnland	2,1	-0,6
Frankreich	2,3	0
Norwegen	2,4	0
Österreich	2,6	0
Schweden	2,8	0
Italien	2,8	0
Deutschland	2,8	+0,1
Niederlande	3,1	0
<i>Durchschnitt*</i>	<i>1,9</i>	<i>k.A.</i>

*Durchschnitt aller in der Studie untersuchten Länder, davon hier nicht einzeln ausgewiesen: Japan, Neuseeland, Australien

Quelle: Bericht der Arbeitsgruppe Benchmarking und der Bertelsmann Stiftung, 2001

(Frühverrentung). Das Ergebnis ist, dass nur noch 37% der Bürger über 55 Jahre arbeiten.

Die entscheidende Weiche in Richtung Verantwortungsübernahme für die Beschäftigung durch den Staat wurde mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 gestellt. Indem Politiker Ziele vorgaben, mussten sie sich daran messen lassen und eröffneten so den Tarifpartnern die Möglichkeit, gegen das Beschäftigungsziel zu verstoßen, ohne dafür Verantwortung zu übernehmen. Und so erklärt sich die Entwicklung der Arbeitslosenquote:

Nachdem in Westdeutschland Ende der 50er Jahre Vollbeschäftigung erreicht wurde, bewegte sich die Arbeitslosenquote bis Anfang der 70er Jahre um 1%. Ab dem Jahre 1974 stieg mit jedem Konjunkturzyklus die Sockelarbeitslosigkeit um mehr als 2 Prozentpunkte auf heute rund 10%.

4. Wohlfahrtsstaat nicht mehr finanzierbar

Die Kosten für den Wohlfahrtsstaat sind zu hoch. Sie übersteigen mit 32,1% des Bruttoinlandsproduktes sowohl den europäischen Durchschnitt von 26,6% und erst recht den der USA von 19,9% deutlich. Noch 1960 lag diese Quote bei 21,1% und 1970 erst bei 25,1%.

Dadurch verliert der Faktor Arbeit an Wettbewerbsfähigkeit. Die Last der Sozialversicherungsabgaben steigt, sie belaufen sich in diesem Jahr auf über 41%. Wer allerdings glaubt, dass soziale Zusagen des Staates unveränderbar seien, der dürfte inzwischen festgestellt haben, dass er irrt.

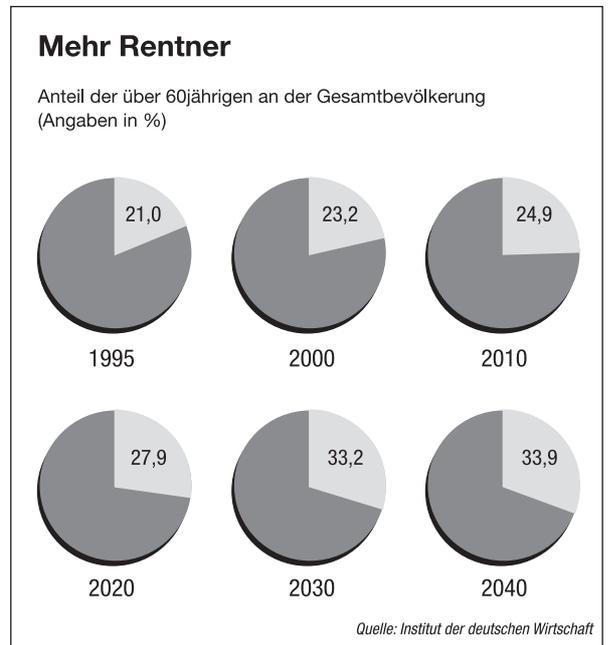
Unser bundesdeutsches Problem ist, dass der Begriff des Sozialen ein Prädikat der Versorgung geworden ist, nicht eines der sozialen Haltung. Wenn früher formal der Sozialstaat eine intelligente Risikoversicherung, für kurze Zeit kalkuliert, bot, um die Arbeiter wieder in die soziale Selbstständigkeit zu überführen bei Krankheit, Unfällen und Arbeitslosigkeit, so ging es ihm darum, den Arbeitnehmer wieder zum Einkommenserwerb zu befähigen. Dies hat sich in einer lang anhaltenden Wachstumsphase verändert, indem Politiker neue Kategorien des

sozialen Bedarfes erfanden, die eben nicht allein der Risikoversicherung dienen, sondern – anhand neuer Kriterien – soziale Ungleichheit beheben sollten. Diese Mischung zwischen sozialer Risikoversicherung und sozialer Umverteilung hat schließlich dazu geführt, dass das Ergebnis eine Überladung des Sozialsystems mit Auszahlungen und Umverteilungen ist, das dem Gerechtigkeitsgefühl vieler inzwischen widerspricht.

5. Renten nicht sicher

Langsam hat es auch die Politik verstanden, dass die Rentenversicherung vor nahezu unlösbaren Problemen steht. Denn der Anteil der Erwerbsarbeit am Wertschöpfungsprozess sinkt mit der Folge eines drohenden Finanzkollaps der gesetzlichen Rentenversicherung. Während 1995 auf 100 Arbeitnehmer 46 Rentner kamen, so werden dies 2010 bereits 62 sein.

Derzeit liegt der Beitragssatz mit 19,3% knapp unter der als Akzeptanzgrenze angesehenen Schwelle von 20%. Dieser Wert wird jedoch nur erreicht durch einen Zu-



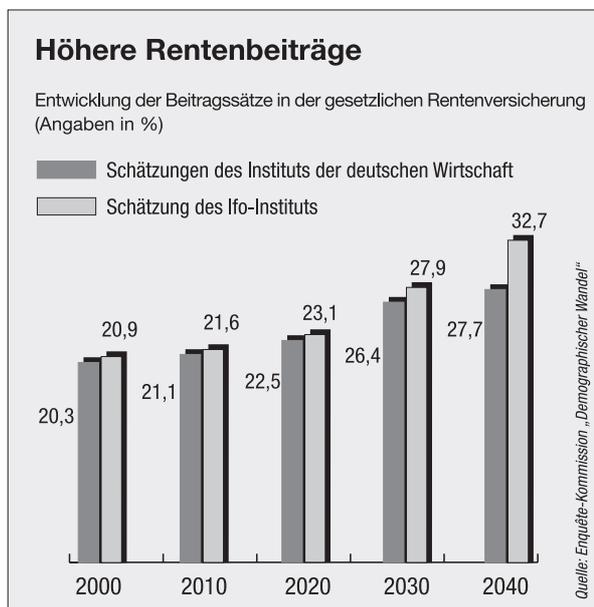
schuss aus Steuermitteln, der 2001 53,4 Mrd. Euro betrug und so fast ein Viertel des Bundeshaushaltes ausmachte. Die Wurzel des Problems ist zum Teil der geänderte Altersaufbau der Bevölkerung.

Mindestens genauso negativ wirkt sich aus, dass das staatliche Alterssicherungssystem im Grundsatz allein auf Beiträgen aus der Erwerbsarbeit fußt.

6. Wissensbildung vernachlässigt

Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes hängt neben den bekannten Faktoren maßgeblich auch von der Qualifikation der Arbeitskräfte ab. Denn Bildung und Wissen bestimmen den technischen Fortschritt und damit das langfristige Wachstum einer Volkswirtschaft. Da ist es fatal, wenn Deutschland gerade in der Bildung die Reformaufgaben vernachlässigt. Bei den öffentlichen Ausgaben für die Bildung liegt Deutschland nach der Rangliste des IMD von 49 Staaten nur auf Platz 28.

Während Frankreich 6,1%, die USA sogar 7,2% ihres Bruttoinlandsproduktes in die Bildung investieren, wen-



den wir Deutschen nur 4,4% dafür auf und ermöglichen bei dieser niedrigen Quote zum Beispiel allen Berechtigten ein kostenfreies Studium.

Bei diesen Zahlen ist ein Rückgriff auf die Ergebnisse der PISA-Studie schon gar nicht mehr nötig. Hier ist uns international vorgeführt worden, wohin wir mit den permanenten Reformen im Schulsystem gekommen sind.

7. Bürokratie bremst

Unter den führenden Industrienationen der Welt hat Deutschland laut OECD mit die höchste Bürokratie, es rangiert auf Platz 16 von 21 Ländern. Die Benchmarking-Arbeitsgruppe im Bündnis für Arbeit stellt unzweideutig fest: „Länder mit einer höheren Regelungsdichte weisen tendenziell einen niedrigeren Beschäftigungsstand auf.“

Die Deutsche Ausgleichsbank ermittelte, dass jeder dritte Existenzgründer vor dem Start drei bis fünf behördliche Verfahren, jeder zehnte gar zehn mehr Verfahren

durchstehen musste. Diese Komplexität in Formularen und Verfahren hat einen Landwirt zu dem Ausruf verleitet: „Mein Hühnerstall ist doch kein Atomkraftwerk“.

8. Öffentlich Bedienstete dominieren

Im Jahre 1960 wurde das Verhältnis von Selbstständigen zu Staatsbediensteten in Westdeutschland mit 2 : 1 berechnet; 1998 hatte sich dies auf 0,9 : 1 verändert. Die Quote der Selbstständigen ist mit 10% ohnedies eine der geringsten in der Europäischen Union.

Ein Blick auf die Parlamente bestätigt diese Tendenz. Im ersten Bundestag von 1949 hatten Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes einen Anteil von 26,1%. Nun sind es 42%; rechnet man partiell noch die Angestellten der Parteien, der Gewerkschaften und der Verbände hinzu, so kämen weitere 13% der Abgeordneten hinzu.

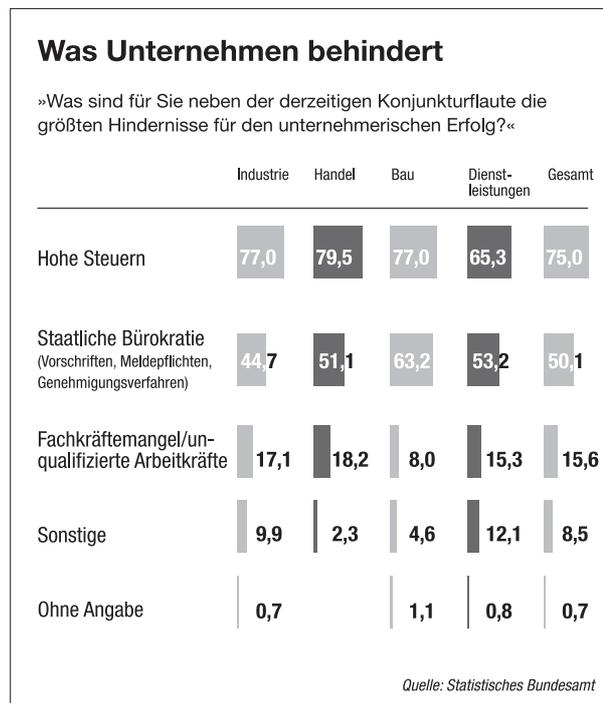
Die Dominanz der Staatsbürokratie in den Parlamenten, die verfassungsrechtlich äußerst bedenklich ist, ermutigte dann zur Expansion des Staatsapparates über die klassischen Aufgaben eines Staates hinaus.

9. Konsens löst kein Problem, Konsens verschiebt es!

Alle diese Schwachpunkte – und andere mehr –, die die Zukunftsfähigkeit Deutschlands, unsere Gesellschaft belasten, werden in der vorherrschenden, allgemein gültigen Konsensorientierung zugekleistert, auf den kleinsten gemeinsamen Nenner hin geregelt. Wie *Lothar Späth*, Politiker und Manager und wieder Politiker, formuliert hat,

„lebt die verdammte Konsensgesellschaft davon, dass die Interessengruppen am Runden Tisch sitzen und unter dem Begriff Konsens die Verteidigung der Summe ihrer Interessen durch Ausgleichsverhandlungen verstehen.“²

Wir haben in der Analyse der Schwachpunkte nur die wesentlichen Bereiche aufgelistet, diejenigen die den



Kern der Dinge ausmachen. Dabei können wir sicherlich eine breite Meinungskonformität in Wissenschaft und Wirtschaft, teilweise auch in der Politik feststellen, auch wenn im Detail gewisse Wahrnehmungsdifferenzen bestehen sollten. Fokussiert man die Betrachtung der Ist-Analyse, so geht es darum, ob wir den Bürger als mündig und damit freiheitsfähig ansehen und ihn dann auch mit seiner Verantwortung für sich und das Gemeinwesen konfrontieren können. Oder ob die andere Alternative richtig ist, die den Bürger als zu umsorgendes, „lebensunfähiges“ Objekt politischer Pflugschaft unterwirft.

II. Konzepte

Die Konzepte, die in zum Teil großer Einmütigkeit von Wissenschaft und Wirtschaft vertreten werden, sollen ebenfalls nur in den wesentlichen Aussagen wiedergegeben werden. Sie folgen logisch aus der Analyse der Schwachpunkte.

1. Weniger Staat

Ein Rückzug des Staates könnte der Wirtschaft erhebliche Wachstumspotentiale geben. So errechnete das Institut für Weltwirtschaft in Kiel, dass die Verringerung der Staatsquote um einen Prozentpunkt das Wachstum des deutschen Bruttoinlandsproduktes langfristig um 0,08 Prozentpunkte p. a. erhöht. Überdurchschnittlich würde sich eine Kürzung der Subventionen für das Wachstum auszahlen. Spare der Staat hier einen Prozentpunkt des Bruttoinlandsproduktes ein, so würde sich die jährliche Wachstumsrate um 0,4% erhöhen. Gelingt es durch den Abbau von Schulden die staatlichen Zinsausgaben um 1% des Bruttoinlandsproduktes zu senken, so fällt nach den Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft das jährliche Wachstum um 0,5% höher aus.

2. Grundlegende Reform des Arbeitsmarktes

Der deutsche Arbeitsmarkt steht endgültig vor der gesellschaftspolitischen Frage, ob es den Tarifparteien überlassen werden kann, den Arbeitsmarkt weiterhin in der Art zu kartellieren, dass ein Zehntel der Arbeitskräfte von einer regulären Beschäftigung ausgeschlossen wird.

Das Mannheimer Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung fordert als beschäftigungspolitische Maßnahmen von der Regierung eine Änderung des Tarifvertragsgesetzes hin zu obligatorischen Öffnungsklauseln. Überdies müsse das so genannte Günstigkeitsprinzip modifiziert werden. Andere gehen noch weiter, indem sie das Arbeitsrecht so verändern wollen, dass Arbeitnehmer unabhängig von der wirtschaftlichen Si-

tuation auf Betriebsebene über Arbeitsbedingungen verhandeln können.

In diese Richtung geht auch der Hinweis, dass das Tariftariff durch frei ausgehandelte Verträge ersetzt werden müsste, weil mit einer solchen Vertragsfreiheit automatisch auf die Betriebsebene zugeschnittene Maßabschlüsse erzielt werden könnten.

Auch das Entlohnungsmodell wird kritisch gesehen, denn in der Systematik des heutigen Systems werde zu meist die zeitliche Anwesenheit der Arbeitnehmer vergütet, nicht aber seine Produktivität.

Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit wird vorgeschlagen, dass die Reallöhne solange langsamer als der Produktivitätszuwachs steigen müssten, solange es Arbeitslosigkeit gebe. Hierbei handelt es sich um einen abgefegerten marktwirtschaftlichen Weg zur Vollbeschäftigung, um eine attraktive Alternative zum unseligen Prozess hoher Lohnforderungen, zunehmender Arbeitslosigkeit, steigender Steuern und Sozialabgaben, die wiederum zum Anlass von Lohnsteigerungen genommen werden.

3. Leistungsgerechtigkeit statt Verteilungsgerechtigkeit

Die beiden Hauptkriterien des Konzeptes der sozialen Marktwirtschaft: die marktwirtschaftliche Freiheit und der soziale Ausgleich, haben im Laufe der Jahre insbesondere auch in ihren Abhängigkeiten eine deutliche Gewichtsverlagerung erfahren. Das Verständnis von sozialem Ausgleich wurde als etwas Gegensätzliches zum Markt aufgefasst und kann deshalb auch nur außerhalb des Marktes durch staatliche Umverteilung oder durch Einschränkung des Wettbewerbs erreicht werden. Damit stellt man soziale Gerechtigkeit gleich mit Bestandsschutz und hat eine alleinige Identifikation mit der Verteilungsgerechtigkeit.

Dabei gehen grundlegende Prinzipien des Konzeptes der sozialen Marktwirtschaft verloren:

- a) die Leistungsgerechtigkeit als zentrales Element der sozialen Gerechtigkeit,

- b) die Erkenntnis, dass jeder Versuch staatlicher Umverteilung, der insbesondere die volkswirtschaftliche Leistungskraft überfordert, zum Scheitern verurteilt ist.

Deshalb wird der Ruf danach immer lauter, dass wir uns wieder auf die ordnungspolitischen Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft rückbesinnen müssten. Sozialstaatliche Umverteilung hat sich auf die wirklich Hilfsbedürftigen zu konzentrieren. Die maßgebliche Aufgabe sozialer Gerechtigkeit liegt darin, jedermann die Chance auf Einkommenserzielung und damit Wohlstand aus eigener Kraft zu eröffnen.

4. Rechte begründen automatisch Pflichten

In der heutigen Systematik steht dem Recht auf Kompensation für eingetretene Risiken keine Bürgerpflicht gegenüber, und damit werden keine bzw. unzureichende Anreize für eine höhere Eigenbeteiligung gesetzt.

Dem Recht auf Auszahlung sollte fortan eine Bürgerpflicht zur Kooperation beige stellt werden. Diese bestünde darin, dass man zunächst zur Absicherung von Risiken eigeninitiativ wird und mit eigenen Mitteln zur Finanzierung beiträgt. Damit wandelt sich der Sozialstaat von einem Verteilungs- in einen Kooperationsstaat. Die Bürger wählen zwischen diversen Leistungskategorien der Absicherung und der Staat gewährleistet lediglich die Mindestausstattung.

5. Gesetzliche Rentenversicherung als Mindestabsicherung garantiert

Dieses Prinzip der Bürgerpflicht auf die Rentenversicherung angewandt heißt, dass wir lediglich eine Versicherungspflicht im Umfang des Sozialhilfeniveaus bräuchten, die dann solidarisch finanziert und staatlich gesichert sein muss.

Die mit dem Namen Riester verbundene „freiwillige“ private Altersvorsorge besteht bisher darin, dass nie-

mand die staatliche Förderung hierfür in Anspruch nehmen muss. Gleichwohl wird er über das Steuersystem gezwungen, diese Förderung zu finanzieren. Damit ist der Mitnahmeeffekt vorprogrammiert, den im Übrigen Freiberufler und Selbstständige nicht einmal in Anspruch nehmen können, obwohl sie mit höheren Steuern belastet sind.

6. Gesetzliche Krankenversicherung als Grundversorgung

Mit Blick auf die Regelung in der Schweiz ließe sich eine Gesundheitsreform mit mehr Wettbewerb, Markt- und Kosteneffizienz in Gang setzen. Dort ist es mit einer Mischung aus staatlicher und privater Vorsorge gelungen, Wettbewerb und solidarische Prinzipien miteinander zu verbinden. Es gibt eine obligatorische Grundversorgung für alle und Wahlleistungen bei zusätzlicher Versicherung. Unter verschiedenen Krankenkassen gibt es Wettbewerb und damit Spielräume für neue Versicherungsformen, bei denen Patienten und Kassen Kosten einsparen können.

7. Arbeitslosenversicherung als Verdienstauffangversicherung

Eine Pflicht, sich gegen Verdienstauffang zu versichern, lässt sich nur damit begründen, dass eine Inanspruchnahme der Sozialhilfe möglichst vermieden werden soll. Das heißt umgekehrt: Wer einen Verdienstauffang in Höhe der Sozialhilfe abgesichert hat, ist nicht gezwungen, darüber hinaus Beiträge an die Arbeitslosenversicherung zu zahlen. Jeder Arbeitnehmer sollte vom Gesetzgeber nur zu dieser Mindestsicherung verpflichtet werden.

8. Neuordnung der verfassungsrechtlichen Organisation

Falls die deutsche Erstarrung gelöst werden soll, wird eine Reform des Föderalismus nicht zu umgehen sein. Deren Kernpunkte wären:

- Eine klare Aufteilung der Verantwortlichkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden.
- Alle Ebenen benötigen eigene Einnahmequellen.

Dabei ist die Finanzautonomie der Kommunen zu erhalten, sie ist unter dem Postulat des Wettbewerbsföderalismus auch dringend geboten, weil nur so Entscheidungen über die Bereitstellung von bestimmten Leistungen einschließlich der damit verbundenen Finanzverantwortung vor Ort getroffen werden können. Dabei sollte auf ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen- und Ausgabenautonomie geachtet werden, weil damit gleichzeitig auch die Einnahmen- und Ausgabenverantwortung wieder zusammengeführt werden.

III. Gründe

Wenn „Diagnose und Therapie“ der „German disease“ so eindeutig sind, die Gegenmittel in anderen Ländern erfolgreich getestet worden sind, so fragt man sich, warum es seit viel zu vielen Jahren nicht gelungen ist, den „Patienten Deutschland“ auf diese längst bewährten Mittel einzustellen. Warum sind wir bewegungsunfähig, ja reformunwillig? Warum reicht der Horizont der Politik nur bis zum nächsten Aufschwung? Warum beantworten Politiker nicht die Frage, wie ein langfristiges Wachstum zu sichern ist?

Offensichtlich haben Politiker die Forderung *Walter Euckens*, die er nach dem Zweiten Weltkrieg aufstellte, vergessen, wonach vor den „*einzelnen wirtschaftspolitischen Handlungen*“ die „*ordnungspolitische Gesamtentscheidung*“ stehen müsse. Wenn der Staat konkrete Regeln für die Wirtschaft setze, so müsse er stets die „*Gesamtzusammenhänge des Wirtschaftsprozesses*“ im Auge behalten. Damit müsse jede Regierung alles vermeiden, was die Wirkungen des Wettbewerbs und damit das Funktionieren des Marktes beeinträchtigt.

Manch einer fürchtet, dass der Patient Deutschland erst in eine Krise geraten müsse, ehe sich Grundlegendes ändern könne. Allerdings ist der Nutzen daraus, an Schmerzbereitschaft oder Risikobereitschaft zu appellieren, solange fraglich, solange man nicht analysiert, woher die Unsicherheiten rühren. Deshalb soll versucht werden, nach den tieferen Gründen für unsere Lethargie zu fragen.

1. Kinder sind unsere Zukunft

Wie zukunftsorientiert wir wirklich sind, zeigt sich insbesondere an unserer Bereitschaft zu Kindern. Allerdings haben derzeit 100 Erwachsene gerade noch 65 Kinder und 42 Enkel. Die durchschnittliche Familie hat also 1,2 Kinder. Damit schrumpft für viele die Zukunft auf die eigene Lebensspanne. Und ob es unter solchen Voraussetzungen lohnenswert ist, besondere Leistungen zu erbringen, dürfte fraglich sein.

2. Deutsche Geschichte beginnt nicht erst mit dem Fall der Mauer

Der *Philosoph und Theologe Richard Schröder* schrieb in einem bemerkenswerten Aufsatz zum Thema „*Lob des Föderalismus*“³, dass für nicht wenige Westdeutsche aus Auschwitz eine Sichtblende vor der deutschen Geschichte vor 1933 sei. Und er bemerkte, dass Auschwitz keine nationale Identität stiften könne. Auch *Arnulf Baring*⁴ konstatiert, dass die Schuld, die das Dritte Reich über die Deutschen gebracht habe, der Grund dafür sei, weshalb wir die Nation als erledigt und überholt betrachteten. Dies sei für ihn der Hauptgrund, weshalb wir emotional gestört seien. Es sei Tatsache, dass wir im Grunde den Absturz, den das Dritte Reich bedeutete, nie begriffen hätten und nie begreifen würden. Natürlich musste eine solche Katastrophe unsere psychische Stabilität erschüttern, unser Selbstgefühl unterminieren.

Dass dies nicht nur ein Körnchen Wahrheit in sich trägt, beweisen die Auseinandersetzungen um den *Schriftsteller Martin Walser* oder der Streit zwischen *Michel Friedman* und der FDP – respektive Herrn *Möllemann*. Darüber hinaus erleben wir – sicherlich im Gegensatz zum Unterricht von vor 40 Jahren – heute in den Geschichtsstunden eine mehr als intensive Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich.

Die Beschäftigung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus hat in der deutschen Gesellschaft zu einer Ablehnung von Radikalismus jeglicher Art und zum Aufkommen eines übersteigerten konsensualen Verhaltens geführt. Die Bürger des neuen Deutschlands haben erkannt, dass das alte Regime nicht nur verbrecherisch war, sondern auch gesellschaftsspaltend. Die Konsequenz daraus bis heute: der Konsens zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen. Und dass dieser Konsens mit Blick auf erforderliche Reformen nicht nur Gutes verspricht, liegt auf der Hand.

3. Selbstbewusstsein tut Not

Ohne Übertreibung darf man behaupten, dass das, was die Deutschen nach 1945 geleistet haben, sich ebenso

sehen lassen kann, wie die Leistungen unserer Landsleute in den neuen Bundesländern, die die Tür zur Wiedervereinigung geöffnet haben. Ebenso sollte man mit ruhiger Selbstsicherheit daran erinnern, dass die Deutschen seit dem 18. und vor allem im 19. Jahrhundert zu den kulturell führenden Nationen Europas zählten. Die herausragenden geschichtlichen Leistungen, die *Richard Schröder* in den Vordergrund stellt, sind

- der Weg, den der Föderalismus zum Verfassungsstaat genommen hat.
- der im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation in Ansätzen vorhandene Rechtsstaat, der die Voraussetzung für die Demokratie geboten hat.
- die Toleranz religiöser Gruppierungen nach dem 30jährigen Krieg, der die Basis für die Religionsfreiheit gebildet hat.

Genügend geschichtliche Argumente also, um ein positives Nationalgefühl zu hegen.

Allerdings ist nicht zu verkennen, dass die emotionale Selbstlähmung der Deutschen in der Tatsache zu suchen ist, dass sie sich von ihrer Geschichte rund um die Nazizeit so tief haben deprimieren lassen. Dies hindert uns daran, lange überfällige Reformen anzugreifen, die wir seit Jahr und Tag diskutieren. Sie werden nicht eingeleitet, weil wir uns bisher keine Zukunft gestattet haben.

4. Sind wir eine Nation?

Lange Jahre, bis über die Wiedervereinigung der Deutschen hinaus, dachten wir, wir hätten begriffen, dass das Ende aller europäischen Nationalstaaten gekommen sei, was andere europäische Völker allerdings noch nicht gemerkt hätten. Keines dieser Länder hat dies je geglaubt. Und mit Blick auf unsere jüngere Geschichte nimmt es auch kein Wunder, dass wir und unsere Landsleute gar nicht Deutsche sein wollten, sondern Europäer. Auch in diesem Punkt gestatten wir uns keine eigene Zukunft.

5. Führung oder Machtmissbrauch?

Weil wir die deutschen Verbrechen und Fehlleistungen in der Vergangenheit so verinnerlicht haben, meinen wir trotz aller historischen Erfahrungen, diese jüngere Geschichte würde den in der Politik unauflösbaren Zusammenhang von Verantwortung und Macht ausgerechnet für uns auch in der Zukunft auflösen. Weil wir uns unserer Unverantwortung im Umgang mit der Macht während der Zeit des Nationalsozialismus so bewusst sind, treten wir unserem Gewicht und unserer Position in der Politik entsprechend nicht auf, sondern handeln unverantwortlich, indem wir den für die Wahrnehmung von Verantwortung notwendigen Gebrauch von Macht aus moralischen Überlegungen von uns weisen. Wenn es richtig ist, so sagt *Arnulf Baring*, dass die Völker aus ihrer Geschichte leben, dann ist es bei uns ganz augenfällig, dass wir das nicht können, sondern dass wir aus unserer eigenen Geschichte keine positiven Impulse empfangen.

Dabei haben wir Deutschen sicherlich nicht zu wenig an unserer Schuld gearbeitet. Es ist möglicherweise vielmehr im Übermaß geschehen, so dass sich das gedrückte und fehlende Selbstwertgefühl der Deutschen daraus erklärt. Die geringe Fähigkeit, die Zukunft optimistisch zu sehen, ist darunter verloren gegangen. Dabei ist es durchaus erklärlich, dass positive Gefühle gegenüber dem eigenen Land lange Zeit als tabu galten, weil das Dritte Reich eben einen unglaublichen Missbrauch mit den Emotionen unserer Landsleute getrieben hat.

6. Mehrheiten sichern den Status quo

Eliten bewegen den Wandel. Mitglied einer Elite ist aber nicht der, der in Allensbach nachfragt, wo die Mehrheit liege und was er tun müsse, um sie zu gewinnen. Das erklärt, warum Politiker so wenig risikobereit sind, denn sie müssten eigentlich den Strukturwandel durch die Gesetzgebung beschleunigen. Es fällt auf, dass Menschen mit kreativer Phantasie, Innovatoren, Unternehmer immer in der Minderheit sind. Wenn man der Minder-

heit hilft, so bedeutet dies nicht notwendigerweise die Garantie für den nächsten Wahlerfolg. Mehrheiten sind eher konservativ, erhaltend, Besitzstände wärend, nicht Besitzstände riskierend.

7. Einfluss und Macht sind käuflich

Vor der großen Rentenreform 1957 sollen sich *Bundeskanzler Adenauer* und der *Kölner Professor für Sozialpolitik Schreiber*, einer der Väter der Rentendynamisierung, wie folgt unterhalten haben:

Adenauer fragte *Schreiber*: „Sagen'se mal, Herr *Schreiber*, und was mach' ich, wenn das nicht mehr zu bezahlen ist?“ „Dann,“, so soll *Schreiber* geantwortet haben, „dann sind Sie nicht mehr Kanzler.“ Die Rentenreform konnte danach kommen.

Die parlamentarische Demokratie, in der natürlich politische Parteien und Koalitionen zur Mehrheitsbildung notwendig sind, in der wechselnde Mehrheiten aber ebenso natürlich sein sollten, ist seit Anfang der 70er Jahre durch eine Form des Parteienstaates abgelöst worden, bei dem das Machterhaltungs- und Machtgewinnungsinteresse die doch vorauszusetzende Gemeinwohlorientierung der politischen Willensbildung allzusehr überlagert hat. Nichts fürchten deutsche Politiker inzwischen mehr, als dass die Menschen ihren Wohltaten davonlaufen, nichts sorgt sie mehr, als dass sie an Macht verlieren.

Politiker und Bürokraten sind im Übrigen nicht nur Agenten des Gemeinwohls, sondern sie haben mehr noch Eigeninteressen. Das verleitet sie beispielsweise, sich Wählerstimmen, Zuständigkeiten, Einfluss und Prestige zu sichern zu suchen. Sie setzen damit Anreize für Lobbyaktivitäten seitens der Interessengruppen. Und was dabei herauskommt, ist allenfalls der kleinste gemeinsame Nenner.

8. Sicherheitsstreben schlägt unternehmerischen Geist

Die magische Formel, die das Gemüt der Deutschen beherrscht, heißt Sicherheit. Dieses absolute Streben nach Geborgenheit erklärt sich sicher aus der geschichtlichen Erfahrung, die binnen zwei Generationen den kollektiven Absturz in Armut, Verzweiflung und Zerstörung erlebt hat. Warum aber bringt die politische Klasse in Deutschland keine Reformen hervor, die die Defizite dieses Landes beherzt anpacken? Politiker rekrutieren sich überwiegend aus Kreisen der Beamten und Angestellten, denen natürlicherweise unternehmerischer Geist und der Glaube an die wohlstandsmehrende Kraft des Marktes fehlt. Daher erklärt sich die Scheu vor dem Wagnis, vor radikalen Reformen, vor dem Abenteuer des Ungewohnten und Neuen.

Der *Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler von Hayeck* stellte 1960 fest, dass in den westlichen Gesellschaften die Zahl der abhängig Beschäftigten wachse, denen er ein „statisches Lebensgefühl“ bescheinigt. Diese Mehrheit werde sich Gesetze nach ihrem Gusto geben, und so „lassen sie den Staat richten, was sie dem Markt nicht zutrauen.“⁵

9. Konsens ist der kleinste gemeinsame Nenner

Als *Ludwig Erhard* 1948/49 die Marktwirtschaft einführte, konnte keineswegs die Rede davon sein, dass hierüber Konsens bestand. Im Gegenteil, er befand sich in einer Minderheitenposition. Dennoch hat *Erhard* die Marktwirtschaft eingeführt und er war erfolgreich – wie wir wissen. Der Konsens ist also Folge, nicht Voraussetzung der Politik.

Allerdings erklärt sich aus der geschichtlichen Erfahrung des Dritten Reiches der Drang der deutschen Gesellschaft nach konsensuellem Verhalten. So gilt der Konsens zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen als ein hohes Gut, das im Zweifel allerdings auch die besseren Sachargumente übertrumpft.

Allerdings ist auch das Anspruchs- und Besitzstandsdenken in weiten Kreisen der Bevölkerung mit im Spiel, wenn die Deutschen ihre Neigung zur Problemlösung im Konsens auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners ausleben.

10. Interessengruppen gegen Gemeinwohl

Diese Konsensgesellschaft lebt davon, dass die Interessengruppen am Runden Tisch sitzen und unter dem Begriff des Konsenses die Verteidigung der Summe ihrer Interessen durch Ausgleichsverhandlungen verstehen. Das Beispiel der Kultusministerkonferenz spricht eine deutliche Sprache, denn statt föderalen Wettbewerb zuzulassen, gilt hier Einstimmigkeitsprinzip, damit sich nichts bewegt.

Das, was als konzertierte Aktion und Globalsteuerung anfang und heute in Kanzlerrunden fortgesetzt wird, sind Veranstaltungen, in denen Verteilungsansprüche mit Hilfe des Staates durchgesetzt und auf dem Rücken unbeteiligter Dritter ausgetragen werden.

Dazu trägt sicherlich auch bei, dass in wichtigen Bereichen unseres Verbandswesens der Vorrang der Verbandsinteressen vor dem Gemeinwohl zu Fehlsteuerungen, gar Erstarrungen des Gesamtsystems geführt hat.

11. Soziale Gerechtigkeit – ein Wahn?

In der Prioritätenfolge der öffentlichen Aufgaben in Deutschland – unter fiskalischer Sicht – liegt der Einkommenstransfer unangefochten an der Spitze. Betrachtet man dies mehr von der idealistischen Seite, dann scheint die wichtigste Staatsaufgabe zu sein, einzelfallbezogen „soziale Gerechtigkeit“ herzustellen.

Auch die Gewerkschaften entdeckten die Ungleichverteilung von Einkommen und forderten eine „Verbesserung der Einkommensverteilung zu Gunsten der Arbeitnehmer“. Mit dieser Forderung nach mehr Verteilungsgerechtigkeit rechtfertigten die Gewerkschaften

auch, dass dies zu Lasten der Beschäftigten und damit der Arbeitslosen ausgehe.

Doch diese Umverteilungsmaschinerie hat erhebliche Konstruktionsfehler, muss andauernd repariert und umkonstruiert werden. Allerdings ist dies keine Maschine, vielmehr steckt hinter vermeintlichen Sachzwängen eine gemeinsame ideologische Grundrichtung: nämlich ein Gerechtigkeitsglaube, der mit moralischer Macht über alles wirtschaftlich und finanziell Sinnvolle hinweggeht. Mittlerweile hat der aus dem Gleichheitsgrundsatz entwickelte Ansatz der „sozialen Gerechtigkeit“ mit tatkräftiger Unterstützung des Bundesverfassungsgerichtes Grundrechtscharakter angenommen.

12. Rolle der Medien

Nach Meinung vieler hat sich in dem Verhältnis zwischen Politik und Medien eine Art Über-/Unterordnung eingestellt, die allerdings nicht von den Aufgaben des jeweils anderen gedeckt ist. Normalerweise ist der Journalist derjenige, der eine Sache meldet, der Politiker bestimmt die Richtung. Hier hat sich die Situation offensichtlich völlig umgekehrt: Der Journalist ist immer weniger Melder, sondern fungiert mehr als eine Art Richter. So könnte man versucht sein zu sagen, dass die Politiker als Volksvertreter in der Gefahr sind, nur noch zu einem Reflex von Journalismus zu werden. Diese Tendenz wird bestätigt durch die Wichtigkeit, die Politiker und Parteien den Meinungsumfragen zumessen. Damit ist der Kern des politischen Problems berührt: Das Wort ist wichtiger als die Tat.

13. Wo bleibt die Opposition?

Aus den bitteren Erfahrungen der Geschichte zwischen 1933 und 1945 haben wir eine Verfassung, die Macht auf viele Schultern verteilt, damit sie nicht wieder missbraucht werden kann. Diese Verfassung hat sich in den letzten 50 Jahren so entwickelt, dass wir ein extrem am Status quo orientiertes politisches System haben. Das lässt schnelle Reformen naturgemäß nicht zu, weil diese zwangsläufig

fig sowohl gegen das Konsensgebot verstoßen als auch in den entsprechenden Gremien nicht unverwässert durchsetzbar wären. Das Problem meint man, im Föderalismus festgestellt zu haben, obwohl es weniger die Idee des Föderalismus, als mehr die fehlkonstruierte Ausformung des föderativen Prinzipes ist. Denn der Bundesrat ist inzwischen zur Domäne der parteipolitischen Opposition geworden. Landtagswahlen finden zu anderen Zeitpunkten statt als die Bundestagswahl, und sie haben die fast alleinige Funktion, die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zu beeinflussen.

Die Konsequenz könnte nicht gravierender sein: Die Probleme des Gemeinwesens werden nicht gelöst, der Reformstau wächst. Quod erat demonstrandum!

14. Haben wir noch die Wahl?

Nicht umsonst kommt das Verhältniswahlrecht inzwischen in die Diskussion, denn selbst das Königsrecht des Bürgers in der Demokratie, nämlich das Wahlrecht, hat die politische Klasse zu ihren Gunsten manipuliert. Bedingt durch selbstgemachte Wahlgesetze stehen die meisten Parlamentsabgeordneten schon lange vor der Wahl fest. Für Kandidaten auf „sicheren Plätzen“ ist die Volkswahl nur noch Formsache.

Wir haben kein Wahlrechtssystem, das zu Mehrheiten führt, sondern eines, das durch Koalitionsstrukturen die Konsensgesellschaft herbeizwingt.

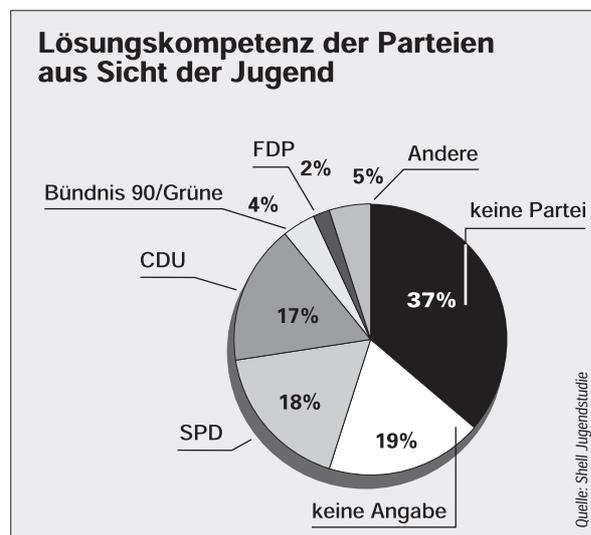
Hinzu kommt noch, dass die Parteien nicht nur das Parlament und die Regierung stellen, sondern in Deutschland auch da Einfluss nehmen, wo sie eigentlich nichts zu suchen haben. Sie durchsetzen alle möglichen Kontrollinstanzen mit ihren Parteigängern und „lenken“ so unter anderem Medien, Finanzinstitute, Wohnungsbauunternehmen und viele andere Institutionen mehr.

IV. Lösungsansätze

Die 14. Shell Jugendstudie⁶ bringt es an den Tag. Im Vergleich zu vorherigen Untersuchungen zeigt sie, dass sich ein Trend deutlich verstärkt hat: Das allgemeine Interesse an Politik ist in der Jugend weiter rückläufig. Nur 34% der Heranwachsenden bezeichnen sich als politisch interessiert. Im Jahr 1991 waren es noch 57%.

Und obwohl die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen die Demokratie für eine gute Staatsform hält, sind in den neuen Bundesländern immerhin 52%, in den alten Bundesländern 27% der Befragten kritisch gegenüber der demokratischen Praxis in Deutschland eingestellt. Vor allem Jugendliche in den neuen Ländern drücken damit ihre Kritik an Lebensverhältnissen und fehlenden persönlichen Chancen aus. Wie die Autoren feststellen, ist das Vertrauen auch bei den Heranwachsenden in politische Parteien gering, in die Bundesregierung, Kirchen, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen mäßig. Als besonders vertrauenswürdig werden hingegen parteiunabhängige staatliche Organisationen wie die Justiz oder Polizei, aber auch Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen eingeschätzt.

Was ist also zu tun, wenn wir sehen, dass das Vertrauen der Menschen zur Reformbereitschaft und Lö-



sungskompetenz der Politik in den vergangenen Jahren zwar deutlich abgenommen hat, damit aber kein entschiedenes Votum für weniger Staat und mehr Freiheit einhergegangen ist. Die Angst vor Veränderungen scheint größer als die Sorge, ohne Anpassungen und Neuerungen an Wohlstand zu verlieren. Entweder schaffen wir es, den Gordischen Knoten aus interessenbestimmter Politik, Ich-bezogener Verhaltensweise der Menschen und dem auf die momentane Gunst der Wähler schielenden Aktionismus der Politiker zu durchtrennen, oder aber wir müssen gewärtigen, dass langsam aber sicher der Lebensstandard in Deutschland sinkt. Und je länger Fehlentwicklungen hingenommen werden, umso schmerzhafter werden die Anpassungen in der Zukunft werden.

Es gibt in der Wirtschaftsgeschichte viele Beispiele, in denen ehemals prosperierende Gesellschaften aufgrund mangelnder Reformfähigkeit und -bereitschaft zurückgefallen sind. Es gibt aber auch Beispiele für ein Überwinden der Erstarrung und einen Aufstieg zu Wohlstand. Hinweise darauf, dass eine umfassende und zielgreifende wirtschaftspolitische Wende die wirtschaftliche Dynamik beflügeln und die Bürger wieder „an die eigene Kraft glauben lassen“ (Ludwig Erhard), finden sich nicht nur in unserer eigenen Nachkriegsgeschichte.

Noch einmal: Was ist zu tun? Wie können wir uns von unserer Reformunwilligkeit befreien?

Die Aufgabe für Deutschland lautet:

Handlungsfähigkeit zurückgewinnen!

Die vorhandenen Konzepte, die wieder Dynamik in unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bringen können, all die aussagekräftigen und richtigen Analysen können nicht ohne Krise zum Ziel gelangen, wenn es nicht gelingt, Bürger davon zu überzeugen, dass Deutschland seine Handlungsfähigkeit seit einiger Zeit nicht mehr besitzt, dass wir sie also zurückgewinnen müssen. Und wir müssen klar und deutlich erkennen, dass wir auch in der Lage sind, sie zurückzugewinnen.

1. Forderung: Geschichte wieder bewusst machen

Wir müssen uns lösen aus den starren Blicken auf die Schlange „Nationalsozialismus“. Es wird Zeit, dass wir wieder die längerfristige Geschichte und darin vor allem auch die positiven Errungenschaften, Ereignisse und Vorbilder vermitteln.

2. Forderung: Nationalgefühl stärken

Der Herausgeber der „Wiener Presse“, Otto Schulmeister, schrieb 1981 *„ein einst philosophisch veranlagtes Volk wie die Deutschen muss wissen, dass ohne Identität, ohne, wenn auch erst zurückgewonnenes, erlittenes, geprüftes Einvernehmen mit der Geschichte keine gesunde Existenz möglich ist – für ein Individuum nicht, für ein Volk, für eine Kultur nicht.“*

Und der Pastor und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemer sagte: *„Die emanzipatorischen Erlebnisse des Herbstes 1989 sollten Bausteine einer lange vermissten deutschen und demokratischen Identität werden.“* Die Geschichte verlief anders und damit wurden wir plötzlich doppelt belastet auf der Suche nach unserem Selbstbewusstsein. Denn sowohl die Geschichte des Dritten Reiches als auch der Zuwachs einer ehemaligen kommunistischen Diktatur müssen nun bei der Frage nach dem Selbstverständnis berücksichtigt werden. Aber wir sollten darüber nicht vergessen, dass es auch positive gemeinsame Erlebnisse in der Geschichte Deutschlands gibt. Man muss nur weit genug zurückgehen. Und man muss bereit sein, diese gemeinsame Geschichte zu akzeptieren.

3. Forderung: Wirtschaft verständlich machen

Der scheidende Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Jürgen Jeske, schrieb in seinem Aufsatz *„Die Gefährdungen der Freiheit“*:

„Wer für eine marktwirtschaftliche Ordnung wirbt, ... muss in erster Linie die Gedankenlosigkeit der Menschen, vor allem aber ihrer Vergesslichkeit entgegentreten. Zum Zweiten muss der schillernde Begriff der Freiheit immer wieder erklärt werden. Und Drittens müssen Funktion und Bedeutung der Wirtschaft erläutert werden, weil selbst nach 50 Jahren Marktwirtschaft in Deutschland die elementarsten Kenntnisse wirtschaftlicher Zusammenhänge in breiten Schichten noch immer beklagenswert gering sind.“⁷

Wenn er auch diese Aufgabe seiner Zeitung, den Medien, zuschrieb, so werden wir nicht umhin können, endlich den Forderungen der Wirtschaft zu folgen, Wirtschaftskunde in den Schulen zu vermitteln. Wirtschaft ist ein maßgeblicher Teil unseres Lebens, und wollen wir dies Leben verstehen, so gehört Wirtschaft dazu.

4. Forderung: Politische Architektur verändern

Da die Verzerrungen und Verkrustungen die Strukturen der politischen Willensbildung betreffen, so wird man diese entzerren müssen. Es bedarf also einer systematischen Restrukturierung. Der Unternehmensberater *Roland Berger*⁸ forderte die Einberufung eines deutschen Verfassungskonvents; in gleicher Weise hat der Staatsrechtler *von Arnim*⁹ auf den Weg des Artikels 146 GG verwiesen. Hier sind nur stichwortartig ein paar Ideen anzubringen.

- Alle Abgeordneten sind direkt zu wählen.
- Die Mandatszeit eines politischen Amtsträgers ist auf fünf Jahre auszudehnen, dafür ist nur eine einmalige Wiederwahl möglich.
- Die Vermischung der Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist aufzuheben. Es sind eindeutige Aufgaben- und Finanzmittelzuweisungen/-quellen vorzunehmen. Damit verbunden ist auch eine direkte Verantwortung für Aufgabenerfüllung und Finanzmittelverwendung.

5. Forderung: Rückkehr zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft

Eines der wichtigsten Bestandteile des Umdenkens und der Reformen sollte es sein, die staatliche Wirtschaftspolitik wieder als Rahmenpolitik zu gestalten, mit der für alle in gleicher Weise gültige Regeln gesetzt werden. Jeder Bürger muss sicher sein, dass für alle die gleichen Spielregeln gelten und dass nicht das Ergebnis wirtschaftlichen Handelns willkürlich geändert werden kann; auch nicht durch demokratische Mehrheitsbeschlüsse, und vor allen Dingen nicht zu Lasten Dritter.

Der Einzelne muss wieder in die Lage versetzt werden, selbstverantwortlich und individuell für sich und die Seinen zu sorgen. Das heißt gleichzeitig, den staatlichen Zwangsschutz dort einzugrenzen, wo eben der Einzelne und seine Familie hierzu in der Lage ist.

Um das erforderliche Umdenken in Gang zu setzen, bedarf es der Bereitschaft eines jeden, hieran mitzuwirken. Auch die Medien können dazu beitragen, in die Probleme eine Ordnung zu bringen, damit der Bürger handeln kann, weil er die Probleme begreift. *Lothar Späth* hat ein handgreifliches Beispiel gebracht, indem er ausführte:

„Es geht nicht, dass man an der Tankstelle seine Rentenbeiträge bezahlt. Doch erklärt man dies, erzählt ein anderer, es gehe um eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Senkung der Lohnnebenkosten. Dies Verwirrspiel lässt den souveränen Bürger in einem größeren Gemeinwesen nicht erkennen, worin das Problem besteht.“¹⁰

Aufklärung tut also Not!

Anmerkungen

Notizen

- 1 Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Mai 2002, S. 35 ff.
- 2 Bundesverband deutscher Banken, 8. Schönhauser Gespräche 2000, S. 38
- 3 DIE WELT vom 19.07.2002, S. 28
- 4 Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, W & W 2/2002, S. 59 ff.
- 5 In: „The Constitution of Liberty“
- 6 Die 14. Shell Jugendstudie ist im Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, unter dem Titel „Jugend 2002 – Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus“ erschienen.
- 7 F.A.Z. vom 27.07.2002, S. 11
- 8 DIE ZEIT vom 22.05.2002
- 9 DIE WELT vom 27.07.2002
- 10 Bundesverband deutscher Banken, 8. Schönhauser Gespräche 2000, S. 39

Weiterführende Links

www.bda-pro-job.de

www.chancenfueralle.de

www.fnst.de

www.oecd.org

www.perspektive-deutschland.de

Notizen

